

Grüne Basis stimmte für umstrittenes Kraftwerk

Hamburger Koalition mit der CDU ist gerettet

Hamburg. Nach der großen Zustimmung der Grünen-Basis für die Fortsetzung der schwarz-grünen Koalition in Hamburg herrscht bei der Parteispitze große Erleichterung. „Mir sind wirklich Zentnerlasten von den Schultern gefallen“, sagte Hamburgs Grünen-Vorsitzende Katharina Fegebank am Freitag dem WDR. Die Grünen hatten sich am späten Donnerstagabend nach einer mehrstündigen Debatte mit überwältigender Mehrheit dafür entschieden, trotz der Genehmigung des umstrittenen Kohlekraftwerks Moorburg in der schwarz-grünen Koalition zu bleiben. Kritiker hatten einen Austritt verlangt, da die Grünen im Wahlkampf versprochen hatten, das Kraftwerk auf jeden Fall zu verhindern.

Der Energiekonzern Vattenfall kündigte an, gegen die behördlichen Auflagen zum Kraftwerksbetrieb juristisch vorzugehen. „Die außergewöhnlich restriktiven Bestimmungen legen nahe, dass die Bescheide einen effektiven Kraftwerksbetrieb nicht ermöglichen, sondern weitgehend verhindern sollen“, erklärte der Generalbevollmächtigte der Vattenfall Europe AG, Rainer Schubach.

Die CDU begrüßte die Entscheidung der Grünen-Mitglieder, die SPD sprach von einem erwartbaren Votum. Der Naturschutzbund BUND Hamburg warnte die Grünen vor „weiteren Glaubwürdigkeitsverlusten“. dpa

Neuer Streit um Rauchverbot

Passau. Die Bundesdrogenbeauftragte Sabine Bätzing (SPD) hat die beabsichtigte Lockerung des Rauchverbots in Bayern kritisiert. „Das wäre ein absolut falsches Signal“, sagte Bätzing der „Passauer Neuen Presse“ zu der Ankündigung des designierten bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer (CSU). Dessen Plan verwunderte, „da er 2006 und 2007 strikte Regelungen zum Nichtraucherschutz gefordert hat, und man dann hört, dass er als erste Amtshandlung das bayerische Gesetz lockern will“. Bätzing rief die Länder auf, einheitliche Lösungen zu finden. dpa

Bundeswehr führt Ehrenkreuz ein

Berlin. Die Bundeswehr will ab sofort Soldaten für besondere Tapferkeit mit einem Ehrenkreuz auszeichnen. Die Verordnung trat am Freitag in Kraft. Wie das Verteidigungsministerium mitteilte, sollen mit dem Ehrenkreuz Soldaten geehrt werden, „deren Tapferkeit weit über das normale Maß hinausgeht“, das von jedem Soldaten erwartet werde. Gedacht sei hier in erster Linie an Auslandseinsätze. afp

FUNDSTÜCK

Arbeitsminister Olaf Scholz (SPD) in der „Frankfurter Rundschau“ auf die Frage, ob die Agenda 2010 ein neoliberales Projekt war:

„Sie ist ein linkes Projekt. Und sie wird es auch bleiben. Schließlich hat sie dafür gesorgt, Deutschland Wachstumschancen zu sichern und gleichzeitig den Sozialstaat zu bewahren.“

@ politik@waz.de

Nicht jeder Linke lehnt Kapital ab

Parteichef Oskar Lafontaine plädiert für Teil-Verstaatlichungen von Groß-Firmen und „angemessene Unternehmenssteuern“. Wie linke Unternehmer darüber urteilen – zwei Beispiele



Auch linke Unternehmer stimmen nicht in jedem Punkt mit dem Chef der Linkspartei, Oskar Lafontaine, überein.

Foto: dpa

Von Andreas Abs

Berlin. Linkspartei-Chef Oskar Lafontaine kann sich freuen. Mit der Teilverstaatlichung von Banken in den USA und Europa erfüllen selbst konservative Politiker eine seiner Forderungen. Lafontaines Wirtschaftsprogramm umfasst allerdings noch andere Punkte. Dazu gehört auch eine drastische Erhöhung der Steuern und Lohnnebenkosten.

Große und kleine Firmen

Der Ex-SPD-Chef will die Steuerquote deutlich anheben und eine „angemessene“ Unternehmenssteuer einführen. Er will die Kürzungen in der Krankenversicherung und bei der Rentenversicherung rückgängig machen, was bei der Rente den Beitragssatz auf rund 28 Prozent katapultieren dürfte. Schätzungen zufolge würde die Mehrbelastung bei den Steuern rund 120 Milliarden, bei den Lohnnebenkosten 100 Milliarden Euro betra-

gen. Lafontaine möchte ferner die Privatisierungen von Post, Telekom und Bahn rückgängig machen und die Stromwirtschaft verstaatlichen.

Wie beurteilen bekennende linke Unternehmer diese Pläne? Der Inhaber einer Berliner Gartenbaufirma, Werner Markert, und der Mitinhaber einer Unternehmensberatung in Bayern, Johannes Gabriel,

Musikproduzent

Chef des Linkspartei-Unternehmerverbandes Owus (Offener Wirtschaftsverband von klein- und mittelständischen Unternehmen, Freiberuflern und Selbständigen) ist das schillernde Multitalent Dieter Dehm (58). Er wurde bekannt als Musikproduzent und Songschreiber unter anderem für Joe Cocker und Ute Lemper. Er liefert auch Konzepte für Fernsehshows. Seit 2005 sitzt Dehm für die Linkspartei im Bundestag.

sind Mitglied in „Owus“, einem der Linkspartei angegliederten Wirtschaftsverband

„Es kann nicht funktionieren, dass ich nichts habe und dann Unternehmer sein will“

meist kleinerer Unternehmer. Owus-Chef ist der Linkspartei-Bundestagsabgeordnete Dieter Dehm. Beide Unternehmer lösen den Konflikt zwischen dem Kapitalismus bei sich selber und der links-kritischen Sicht auf den Kapitalismus dadurch, dass sie zwischen großen und kleinen Firmen unterscheiden. Kleinere Firmen wie die ihren dürften durchaus Profit machen.

Der Berliner Gartenbauer Markert (35 Angestellte, 1,8 Millionen Euro Umsatz), ist erfrischend klar: „Es braucht Eigentum. Diese Erkenntnis ist mir anfangs schwergefallen, weil ich immer links war. Aber für die

Existenz eines Betriebes ist Eigentum nötig. Es kann nicht funktionieren, dass ich nichts habe und dann Unternehmer sein will.“

Das mit dem Eigentum sieht Gabriel, der fünf Mitarbeiter beschäftigt, sehr ähnlich: „Ich bin absolut für Privateigentum und individuelle Entfaltung, das ist etwas Sinnstiftendes für jeden Menschen - die Frage ist nur, wie weit das gehen kann. Ich bin für eine stärkere Sozialbindung“ vor allem durch eine höhere Steuer auf hohe Einkommen und durch die Wiederbelebung der Vermögenssteuer. Verstaatlichen wollen beide große Firmen der Daseinsvorsorge wie Post, Telekom, Banken zu Teilen, das Gesundheitswesen, die Energieversorgung.

Bei der Steuer- und Abgabenerhöhung, die Lafontaine favorisiert, ist vor allem Markert nicht an Lafontaines Seite. Er denkt als Unternehmer: „Das sind für mich Kosten. Wenn ich die Preise nicht er-

höhen kann - womit soll ich höhere Lohnnebenkosten bezahlen? Da muss ich kapitalistisch denken, ganz klar.“ Bei den höheren Steuern, die Lafontaine fordert, verweist Markert wie Gabriel auf Einkommensmillionäre oder Vermögensbesitzer.

Strohfeuer

Denn er könne am Markt keine höheren Preise durchsetzen, „im Gegenteil, die Preise werden eher gedrückt“. Skeptisch gegenüber Lafontaines Wirtschaftspolitik ist Markert auch bei dessen Forderung nach einem Konjunkturprogramm: „Das wäre ein Strohfeuer. Wichtig ist doch die Nachhaltigkeit.“ Gabriel dagegen steht auf Parteilinie, wenn er sagt, das wäre kein Problem - „bei dem vielen Geld, das die wirklich Reichen besitzen“.

→ online Diskussion: Ihr Urteil zur Wirtschaftspolitik der Linken? DerWesten.de/direkt

CDU will Linke schärfer angehen

Selbstkritische Stimmen zum Kongress in Dresden: Eigene Partei muss Versäumnisse korrigieren

Erfurt/Berlin/Dresden. Rund ein Jahr vor den Bundestagswahlen und mehreren Landtagswahlen stellt sich die CDU auf eine aktive Auseinandersetzung mit der Linkspartei ein. Die Linke sei in Ostdeutschland ein „ernst zu nehmender Konkurrent“, sagte CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla am Freitag auf dem Perspektivkongress Ost seiner Partei in Dresden. Pofalla und Bundeskanzlerin Angela Merkel griffen zugleich die SPD scharf an, weil die hessische SPD-Chefin Andrea Ypsilanti eine von den Linken tolerierte rot-grüne Minderheitsregierung bilden will.

Linkspartei unterschätzt

Zuvor hatten Thüringens CDU-Fraktionschef Mike Mohring und Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus (CDU) auch die eigene Partei für den Erfolg der Linken mitverantwortlich gemacht.

Nach Ansicht von Althaus ist die Linkspartei in den letzten Jahren unterschätzt wor-

den. „Sie hatte sich im Osten ohnedies etabliert, aber sie ist inzwischen auch eine bundesdeutsche Wirklichkeit geworden“, sagte Althaus am Freitag im RBB Inforadio. Diese Entwicklung sei von der CDU falsch eingeschätzt worden.

Mohring warf der CDU-Spitze vor, weder sie noch die westlichen Landesverbände hätten die Ost-CDU bei diesem Thema ausreichend unterstützt. „Jetzt rächt sich, dass man uns jahrelang die Bekämpfung der Linkspartei alleine überlassen hat“, sagte er der „Thüringer Allgemeinen“ mit Blick auf die guten Umfragewerte der Linken und deren Einzug in mehrere Parlamente der alten Länder. „Die CDU insgesamt hat damit zugelassen, dass die Linkspartei sich das Image als Interessenvertretung der Ostdeutschen aufbauen konnte“, fügte er hinzu. Falls dieses „Versäumnis“ nicht korrigiert werde, könne die CDU die Bundestagswahlen in den neuen Ländern nicht gewinnen. afp/dpa

CDU kritisiert Auswahl an den Unis

Stahl: Oft wird nur auf die Noten geschaut

Von Peter Szymaniak

Düsseldorf. Die Universitäten und Fachhochschulen müssen sich nach Auffassung der NRW-CDU-Fraktion im Bewerbungsverfahren um Studienplätze viel stärker als bisher mit den Qualitäten der einzelnen angehenden Studenten beschäftigen.

„Die Hochschulen schauen derzeit noch überwiegend ausschließlich auf die Abitur-Durchschnittsnote statt die gesamte Persönlichkeit der Bewerber zu betrachten. Dadurch werden Talente für Studiengänge übersehen, obwohl wir doch mehr junge qualifizierte Leute benötigen“, sagte CDU-Fraktionschef Helmut Stahl. Die Hochschulen müssten sich hier künftig deutlich mehr Mühe geben.

Bei Einführung der direkten Auswahl der Studenten durch die Hochschulen selbst sei erwartet worden, dass Abiturienten auch durch Vorstellungsgespräche begutachtet werden. Dies geschehe derzeit viel zu wenig. Stahl zeigte jedoch auch Verständnis, dass es für viele Hochschulen angesichts von zehntausenden Bewerbern pro Studiengang heute schwierig zu handhaben sei, die einzelnen Studieninteressenten extra zu begutachten.

Bund wirbt für Einbürgerungen

Berlin. Die Integrationsstaatsministerin der Bundesregierung, Maria Böhmer (CDU), hat eine Kampagne für mehr Einbürgerungen gestartet. Mit Broschüren und Plakaten vor allem in Großstädten sollten Ausländer auf die Möglichkeiten einer Einbürgerung hingewiesen werden, sagte Böhmer am Freitag. Die Zahl der Einbürgerungen war nach ihren Angaben im vergangenen Jahr um 9,5 Prozent auf 113.000 gesunken. kna

Akw Obrigheim wird abgerissen

Obrigheim. Das Atomkraftwerk Obrigheim in Baden-Württemberg soll bis zum Jahr 2020 abgerissen werden. Der Abbau werde nach heutigem Stand rund eine halbe Milliarde Euro kosten, teilte der Betreiber EnBW Kernkraft am Freitag in Obrigheim mit. Der Meiler war 1969 als erstes kommerzielles Werk in Deutschland in Betrieb gegangen. 2005 wurde er vom Netz genommen. dpa

ZDF: Union und SPD verlieren weiter

Mainz. Nach der Wahl in Bayern müssen SPD und Union laut ZDF-„Politbarometer“ Einbußen in der Wählergunst hinnehmen. CDU/CSU und SPD verlieren jeweils drei Prozentpunkte. Die Union kommt nach der Umfrage jetzt auf 39, die SPD auf 25 Prozent. Deutlich zulegen kann die FDP, die jetzt 12 Prozent (plus 5) erreicht. Linke (11 Prozent) und Grüne (8 Prozent) bleiben unverändert. dpa

Experte: Klagewelle wird zurückgehen

Münster. Nach Abschaffung der Widerspruchsverfahren im NRW-Verwaltungsrecht im Jahr 2007 wird die Klagewelle an den Gerichten aus Expertensicht zeitlich begrenzt sein. Erfahrungen in Niedersachsen hätten gezeigt, dass nach einer gewissen Zeit die Zahl der Verfahren wieder zurückgegangen sei, sagte der Präsident des NRW-Oberverswaltungsgerichtes Michael Bertrams. dpa

MEIN BLICKWINKEL

Der erste Internet-Wahlkampf

20 Prozent der Amerikaner informieren sich nur im Netz über die Kandidaten

Die Präsidentschaftswahlen in den USA sind unvergleichbar. Amerika ist in Bewegung: Keine öffentlicher Ort, kein persönliches Gespräch, ohne einen Bezug zur bevorstehenden Wahl. Dabei sind Polarisierungen sekundenschnell erkennbar. Eine persönliche Betroffenheit stellt sich unmittelbar ein. Für welchen der beiden Kandidaten bist du? Entlarvend offen wird das Bekanntheit zum jeweiligen Kandidaten zur Startbedingung für jedes Gespräch. Eine extrem personalisierte präsidentielle Demokratie verbindet jede Problemlösung mit beiden Heilsbringern Obama oder McCain.

Sie stellen sich dann im Falle ihrer Wahl ihr jeweiliges Team, die sogenannte Administration zusammen. Der Wähler erfährt nur, wer der jeweilige Vizepräsident werden sollte. Parteihierarchien oder regionale Proporzüberlegungen spielen bei der Bildung des Kabinetts keine entscheidende Rolle. Insofern scheiden Schattenkabinette oder Kompetenzteams auch für die Phase der

Mobilisierung aus. Alles dreht sich ausschließlich um die Spitzenkandidaten.

Die absolute Neuigkeit in diesem Wahlkampf ist die Dominanz des Internet. Die Kampagne 2008 wird als der erste echte Internet-Wahlkampf in die Geschichte eingehen. Rund 20 Prozent aller Amerikaner informieren sich ausschließlich über das Internet, wenn sie über den Wahlkampf etwas erfahren wollen. Er wird finanziert von Spendern, die ihr Geld online geben. Er wird strategisch organisiert über das Internet.

Nur so können die Demokraten und Republikaner ihre freiwilligen Helfer finden und mit ihnen verständigen. Online-Kampagnen sind



Prof. Karl-Rudolf Korte
Foto: WAZ, Andreas Mangen

preiswert und extrem schnell. Dominiert wird der Wahlkampf von Bloggern (individuelle Internetseiten), welche die Kandidaten ständig zu Erklärungen zwingen. So können die Kandidaten ihre Botschaften nicht mehr selber strategisch setzen und kontrollieren. Sie haben die Hoheit über ihr eigenes Tun an die Blogger abgegeben, die nichts unbeobachtet lassen. Imagegestaltung erfolgt durch Podcasts (Video-Beiträge).

Unterstützt wird erstmals der Wahlkampf von You Tube (Video-Portal mit kostenlosen Video-Clips), dem neuen Leitmedium des Wahlkampfes, in der jede gelungene und misslungene Szene der Kandidaten landesweit unmittelbar zu sehen ist. Alles ist öffentlich, ortlos und extrem interaktiv. So trägt auch das neue online Medium zur allgemeinen Aufbruchstimmung in den USA mit bei.

Prof. Karl-Rudolf Korte ist Politikwissenschaftler an der Universität Duisburg-Essen und leitet die „NRW School of Governance“.